

# **VELBERT** *anders*

**Rede zum Haushalt der Stadt Velbert am 23.4.2024**

**gehalten vom Fraktionsvorsitzenden August-Friedrich  
Tonscheid**

**es gilt das gesprochene Wort**

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Kolleginnen und Kollegen des Rates,

sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr  
Ostermann, sehr geehrter Herr Peitz,

zu Beginn meiner Rede möchte ich mit der wichtigsten  
Aussage beginnen: Unsere Fraktion stimmt dem  
Haushaltsplanentwurf in der vorliegenden Fassung zu.

Dabei kann ich einige Bedenken und Anregungen, die in  
den Medien und sozialen Netzwerken geäußert  
wurden, durchaus verstehen, darum möchte ich Ihnen

nun erklären, warum wir, die Fraktion Velbert-anders, zu diesem Ergebnis gekommen sind.

Beginnen möchte ich mit der Aussage.;

**Mit dem Haushalt 2024 verwalten wir den Mangel,**

kurzgesagt lassen und Bund und Land auf Kosten sitzen, die uns per Gesetz dazu zwingen, diese Kosten zu übernehmen, weil es sogenannte Pflichtaufgaben sind.

Hier einige Beispiele:

### **Pflichtaufgabe 1**

Der Zuschuss der Stadt Velbert zum Betrieb der Kindergärten belauft sich im Haushalt 2024 auf E 18,5 Millionen, dazu kommen dann noch die Kosten für die Kindertagespflege von € 3,7 Millionen, gesamt also € 22,2 Millionen. Das Land hat beschlossen, dass die Eltern eines Kindes den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz haben und beteiligt sich an den Gesamtkosten im Jahr 2024 mit € 22,4 Millionen. Somit beteiligt sich der Gesetzgeber ( Land NRW ) mit 50 % an den tatsächlichen Kosten.

### **Pflichtaufgabe 2**

Schulneubauten, in Velbert die neue Grundschule an der Grünstraße, die ca. € 25 Millionen kosten wird und

die 2. Gesamtschule in Neviges, die derzeit mit € 83,5 Millionen geschätzt wird. Die Beteiligung des Landes liegt bei einer bescheidenen Pauschale, die bei ca. € 3 Millionen im Jahr liegt. Damit könnte man die Kosten für beide Schulen in 35 Jahren bezahlen, wären da nicht die Zinsen für die Darlehen und die Folgekosten, für die wir die Finanzierung aufbringen müssen.

### **Pflichtaufgabe 3**

Für die Unterbringung von Flüchtlingen zahlen Land und Bund eine jährliche Pauschale von € 7.500,--. Die tatsächlichen Kosten belaufen sich allerdings derzeit auf ca. € 2.000,-- monatlich, d.h. ca. € 24.000,-- im Jahr, also eine Unterdeckung von € 16.500,-- jährlich. Wir stehen zum § 16 a des Grundgesetzes, dass die Verpflichtung beinhaltet, Flüchtlinge die im eigenen Land verfolgt werden und um ihr Leben fürchten müssen aufzunehmen, im Gegensatz zu einigen ewig Gestrigen, die sich allerdings laut zu Wort melden. Eine schnellere Feststellung der Flüchtlingsfrage wäre allerdings hilfreich.

### **Pflichtaufgabe 4**

Feuerwehr und Rettungsdienst wird ebenfalls durch die „Obrigkeit“ gesetzlich geregelt. Das führt dazu, dass die Stadt verpflichtet ist, einen Brandschutzbedarfsplan

zu erstellen, der hohen Ansprüchen gerecht werden muss. Diese Kosten, für Fahrzeuge, Rettungswagen, Neueinstellungen im Personalbereich und Neubauten führen zu einer weiteren Belastung, die auch nicht annähernd vom Land ausgeglichen wird.

Auch die Steigerung der Kreisumlage und die steigenden Kosten im Sozialbudget, bei den Personalkosten, sowie den Steigerungen bei den Energiekosten und die Kostensteigerungen durch die Inflation runden das negative Bild ab.

Um die Kommunen zu entlasten, hat sich die Landesregierung eine weitere, kaum zu verstehende Möglichkeit, einfallen lassen, um die entstehenden Haushaltslöcher in über 60 % der NRW-Städte zu korrigieren. Die Städte dürfen nun eine **Minderausgabe** von 2 % im Haushalt ausweisen, d.h. es wird ein Haushalt aufgestellt, der alle Kosten beinhaltet, davon sollen aber in unserem Fall € 6 Millionen eingespart werden. Wie das gehen soll, bleibt allerdings ein Geheimnis der Landesregierung. Das ist ein weiterer „Geniestreich“, nach der Aktivierung der Kosten für Flüchtlinge und Ukraine-Kosten.

Die Ankündigung, dass ab dem Kindergartenjahr 2025/2026 die Kindergartengebühren staffelweise

wieder eingeführt werden sollen, hat zu vielen negativen Reaktionen geführt und teilweise auch zu falschen Aussagen. Wir hoffen, dass die zu Beginn von uns aufgeführten Summen erklären, warum diese Maßnahme erforderlich ist.

Um den Ausgleich des Haushaltes 2024 zu erreichen, sind Erhöhungen und damit Verbesserungen im Einnahmebereich erforderlich. In diesem Haushalt ist vorgesehen die Grundsteuer B zu erhöhen, die Gewerbesteuer ebenso.

Diese Veränderungen und die bereits erwähnte globale Minderausgabe von € 6 Millionen führen am Ende dazu, dass wir gerade so den Haushaltsausgleich erreichen. Ohne diese Erhöhungen hätten wir eine Unterdeckung von ca. € 14 Millionen gehabt, die eine Genehmigung des Haushaltes nicht möglich gemacht hätte. Eine Haushaltssicherung wäre die Folge gewesen. Wer schon längere Zeit im Rat der Stadt tätig ist, wird sich an die fast 20jährige Phase der letzten Haushaltssicherung erinnern, die erst 2018 zu Ende ging und das nicht aus eigener Kraft, sondern durch einen aufgelegten Stärkungspakt. Eine erneute Haushaltssicherung hätte eine Überprüfung aller Ausgaben , allerdings nicht der Pflichtausgaben, nach

sich gezogen und für Reduzierungen der freiwilligen Leistungen gesorgt. Ich hoffe, man erinnert sich noch daran.

Bei der momentanen Lage der deutschen Wirtschaft sehe ich allerdings große Probleme auf uns zukommen, denn man wird nicht ewig Gebühren erhöhen können. Die Belastbarkeit der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen ist nicht unendlich.

Auch ist für weitere Geschenke, wie im Jahr 2021 gibt es keinen Spielraum mehr, denn meine Vorhersage in der letzten Haushaltsrede wird in diesem Jahr eintreffen: Die Gesamtverschuldung des Konzerns Stadt liegt über € 1.Mrd. Die Pro-Kopf Verschuldung also bei € 11.904. Mit diesem Wert liegen wir in NRW unangefochten auf dem 2. Platz

Daher sollten die Parteien, die im Land NRW das Sagen haben, endlich das GFG (Gemeindefinanzierungsgesetz) ändern, die Vertreter dieser Parteien im Rat der Städte sollten ihre Parteikollegen dazu auffordern, damit alle Kommunen mit feststehenden Zuwendungen rechnen können und somit eine Sicherheit bei den Planungen erreicht wird.

Abschließend danken wir Herrn Peitz und seiner Mannschaft für die, wieder einmal, gute Arbeit.

